Das Recht sichert die Freiheit – Thesen der CDU-/CSU-Bundestagsfraktion

Von Elisabeth Winkelmeier-Becker, Siegburg/Berlin

Es ist zentrales Anliegen der Politik von CDU und CSU, den Rechtsstaat stark zu machen und leistungsfähig zu halten, für die Bürgerinnen und Bürger, für den Rechtsfrieden in unserem Land. Unsere Rechtsordnung garantiert den Menschen nicht nur unveräußerliche Rechte und freie Entfaltung, sondern auch, dass der Staat ihre Rechte durchsetzt und wirksam schützt.

Starker Staat – Rechte der Bürger auch im digitalen Zeitalter effektiv schützen

Internet und Digitalisierung haben eine nie gekannte dynamische Entwicklung in Gang gesetzt, die praktisch vor keinem Lebensbereich Halt macht. Eine zentrale Aufgabe der Rechtspolitik ist nach unserem Verständnis, dafür Sorge zu tragen, dass die Regeln des Zusammenlebens, die der demokratische Gesetzgeber beschließt, auch im digitalen Raum durchgesetzt werden. Wir fordern eine Kultur der Verantwortung im Internet ein. Wer Rechtsverletzungen begeht, muss dafür mit den Mitteln des Rechtsstaats auch tatsächlich zur Rechenschaft gezogen werden können. Die im EU-Recht verankerten Haftungsregelungen für Host-Provider sollten reformiert werden. Haftungsprivilegien müssen auf rein passive Anbieter beschränkt werden. Anonymität im Netz hat ihre Grenzen, wenn man sich strafbar macht. Denn die Rechtsordnung muss sicherstellen, dass die Bürger ihre Rechte gegen andere vor Gericht auch tatsächlich durchsetzen können.

Ein besonderes Augenmerk legt die Union auf den Opferschutz. Dieser bedeutet auch, dass die Täter eine angemessene Strafe erhalten müssen. Deshalb werden wir uns im Strafrecht die vorhandenen Strafrahmen anschauen müssen – insbesondere beim Besitz von Kinderpornographie, der den sexuellen Missbrauch von Kindern fördert, aber auch bei Körperverletzungsdelikten streben wir eine Erhöhung des Strafrahmens an.

Für Täter, die im Internet auf der Suche nach sexuell motivierten Kontakten zu Kindern sind (sogenanntes Cybergrooming), wollen wir eine Versuchsstrafbarkeit einführen. Dies ermöglicht auch die Überführung und Bestrafung von Tätern, die unbeabsichtigt nur Kontakt zu den Eltern oder Ermittlern aufnehmen, welche sich im Netz als Kinder ausgeben.